

27. Juni 2012
Die Zeit

EU-Gipfel Wachstum pur ist Geldverbrennung

Neue Kreisverkehre und Autobahnen können Europa auch nicht retten. Die Politik muss gezielt investieren, in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz, kommentiert P. Pinzler.

© Jasper Juinen/Getty Images



Häuser zum Verkauf in Almeria, Spanien

Es ist absurd. Wieder einmal treffen sich Europas Regierungen in dieser Woche [zur Euro-Rettung](#). Auf dem EU-Gipfel werden sie von Donnerstag an über milliardenschwere [Bankenrettungen](#) reden und darüber, dass sie durch teure Programme und Reformen irgendwie das [Wirtschaftswachstum](#) wieder ankurbeln könnten. Denn wenn die Wirtschaft wachse, so die Hoffnung, würde endlich wieder alles gut, wenigstens in Europa. Ach ja?

Wir haben doch alle noch die Nachrichten aus Rio im Ohr: [So wie bisher dürfen wir nicht weiter wirtschaften und konsumieren!](#) In aller Schärfe wurde das auf dem Erdgipfel klar, zu dem sich die Regierungen aus aller Welt in der vergangenen Woche getroffen hatten. Zwar [versagten sie komplett](#), als es darum ging, aus dieser Erkenntnis auch Konsequenzen zu ziehen und sich zumindest auf ein paar Prinzipien zur Rettung von Klima und Umwelt zu einigen. Trotzdem kann jetzt kaum noch jemand sagen, er wisse nicht um den [Zustand und die Zukunft der Erde](#) und die Perspektiven für die Menschheit.

In der vergangenen Woche habe wir es alle gehört: Schneller als je zuvor zerstören wir die Umwelt. Wir leben trotz aller Bemühungen mitnichten nachhaltig. Machen wir so weiter, dann [bleibt unseren Kindern wenig](#). Also müssen sich Produktion und Konsum radikal ändern – [oder ganz aufhören zu wachsen](#).

Was das mit Europa zu tun hat? Wir Europäer produzieren im Moment nachhaltig vor allem eines: [Schulden](#). Weil die inzwischen so bedrohlich sind, dass sie [den Euro](#) und möglicherweise auch die [Europäische Union](#) sprengen könnten, müssen wir sie loswerden und brauchen also nichts dringender als: Wachstum! Das hat uns schließlich die vergangenen Jahrzehnte immer wieder geholfen.

Ökologie? Nach der Krise!

Deswegen benutzen Sozialdemokraten das W-Wort schon immer gern, Liberale und Grüne fordern es neuerdings wieder lauter (letztere setzen allerdings immer gern [das Wörtchen "grün" davor](#)); und auch viele Konservative haben sich angeschlossen und die Hoffnung übernommen: Wenn die Ökonomie nur erst wieder boomt, wird auch die Politik leichter. Dann sinken die Lasten, dann stabilisiert sich vielleicht auch der Euro, dann kommen der Rest der Wirtschaft und irgendwie auch die Umwelt in Ordnung. Genau deswegen kümmern sie alle sich wenig um Rio, ums Klima und die Natur, dafür aber viel um die Finanzen und die europäische Wirtschaft. Frei nach dem Motto: Sorry, liebe Ökos, kommt nach der Krise wieder!

Leider ist das genau falsch. Denn wenn wir Europäer auf unseren Gipfeln jetzt so tun, als ob uns der Imperativ von Rio, ["Verbraucht weniger!"](#) nichts angehe, dann vergeben wir nicht nur eine große Chance. Wir verdrängen auch eine kostspielige Erkenntnis der vergangenen Jahrzehnte. Die lautet: "Wachstum pur" ist Verschwendung – und ein blödsinniges politisches Ziel.

Entscheidend für den Wohlstand eines Landes ist nicht, ob es wächst, sondern was wächst. Wichtig ist, welche Branchen boomen – und wie ein Land mit den Menschen und Ressourcen umgeht.

Viel zu oft haben wir in der Vergangenheit den einen Fehler gemacht: Erst finanzierten wir mit Schulden einen Boom. Und dann leisteten wir uns Umweltkonferenzen, auf denen über die Folgen gejammert werden durfte. Das aber ändert wenig an unserem Verhalten. Nach der ersten Rio-Konferenz vor zwei Jahrzehnten war das so, und diesmal könnte es ähnlich sein.

Dabei wäre es gar nicht so schwer, den Bogen von Rio nach Brüssel zu schlagen und beide Themen zusammenzubinden: Die europäische [Finanz-](#) und die globale Umweltkrise. Es wäre sogar weit weniger fantastisch, als es auf den ersten Blick erscheint. Denn neben den ökologischen gäbe es dafür auch noch reichlich finanzielle Argumente.

Wir wissen heute nur zu gut: Die Regierung, die nicht sehr genau darüber nachdenkt, welche Programme und Projekte sie sinnvollerweise fördert und in welche sie garantiert kein Geld mehr steckt, kann ihre Euros gleich verbrennen. Noch mehr Kreisverkehre in [Spanien](#) oder noch eine Autobahn durch [Portugal](#) werden Europa nicht retten, ja nicht einmal wachsen lassen. Sie erhöhen nur die Schulden.

Geld für Bildung und Umwelt

Moderne Wachstumsforscher würden staatliches Geld deswegen heute lieber in Bildungssysteme stecken. Sie sehen mit Grauen, wie derzeit die Universitäten in [Griechenland](#) kaputt gespart werden. Regierungen, denen es nicht gleichgültig ist, wie ihre Länder in ein, zwei Generationen aussehen, würden in Brüssel über ambitionierte Strategien streiten, mit denen [Rohstoffe](#) künftig besser genutzt werden. Stattdessen hat man sich dort gerade auf eine [Effizienzrichtlinie](#) geeinigt, die diesen Namen nicht verdient. Kluge Europäer würden Deutschlands begonnene [Energiewende](#) groß denken, ganz groß, und versuchen, gleich die ganze EU für eine nachhaltigen Energieversorgung zu gewinnen. Stattdessen gilt Umweltpolitik vielen immer noch als Standortnachteil.

Doch wer die Nachricht von Rio heute verdrängt, bekommt noch ein weiteres Problem: Wie wollen wir [den Chinesen und Indern erklären](#), dass sie unser Wirtschaftsmodell aus ökologischen Gründen nicht nachahmen sollen, wenn wir Europäer selbst in der Krise alle grünen Erkenntnisse ignorieren? Wie wäre es, wenn Deutschland ab sofort international

verkündete: Wir kämpfen gegen unsinnige europäische Ausgabenprogramme – nicht aus Geiz, sondern weil wir keine Verschwendung wollen? Aus ökologischen Gründen?

Deswegen reden wir auch nicht mehr vom Sparen, sondern vom klugen Investieren. Für die richtigen Ausgaben in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz hätten wir Geld – und durch die Rio-Konferenz auch viele Ideen.

Gerade Deutschland wäre mit solch einer offensiven Krisenstrategie glaubhaft. Und Europas Politik endlich weniger absurd.

Anmerkung: Der Artikel basiert auf einem Text der Print-Ausgabe der ZEIT und wurde anlässlich des EU-Gipfels umfassend aktualisiert (ae).

Link zum Online-Artikel:

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-06/europa-wachstum-nachhaltigkeit>